

# Metallarbeiter-Zeitung

## Wochenblatt des Deutschen Metallarbeiter-Verbandes

Bezugspreis: Vierteljährlich 1.50 Goldmark  
Einzelnummern 15 Goldpfennig (nur gegen Voreinsendung  
des Betrages)

Verantwortlicher Schriftleiter: Fritz Kummer  
Schriftleitung und Verlagsstelle: Stuttgart, Adlestraße 16  
Fernsprecher Nr. 8800 - Postfachkonto Stuttgart Nr. 6223

Erscheint wöchentlich am Samstag  
Anzeigen aller Art werden bis auf weiteres nicht mehr angenommen  
Eingetragen in die Reichspostzeitungsverliste

### Geistige und moralische Abrüstung

Wie die Verhandlungen des Völkerbunds in Genf beweisen, schreit die ganze Kulturwelt nach einem Weltfrieden. Die grauenvollen Wirkungen des Weltkriegs in wirtschaftlicher, gesundheitlicher, sittlicher und kultureller Beziehung sind noch in jedermanns Gedächtnis, so daß uns ein Grausen überläuft, wenn wir an eine Neuaufgabe dieses Völkerringens denken, und die Kunde von den neuen „verbesserten“ Mitteln und Methoden einer künftigen Kriegsführung ist auch nicht gerade geeignet, die Sehnsucht nach einem neuen Kriege zu steigern. Daher wird die Forderung: **Nie wieder Krieg!** immer dringender erhoben. Nur feuchtohrige Buben, die nicht wissen, was ein Krieg bedeutet, und tundebeinige Mummelgredel und Säbelrätler, die sich der Tragweite ihres Tuns nicht bewußt sind, rufen nach einem frischfröhlichen Kriege, in dem die Menschheit gesund sein soll. Vernünftige Leute, in denen menschliches Empfinden und soziales Verantwortlichkeitsgefühl lebendig ist, lehnen einen künftigen Krieg rundweg ab und treten für eine aus der gegenseitigen Verständigung entspringende Völkerverständigung ein.

Zweifellos besteht das allergrößte Hindernis einer wirklichen Völkerverständigung, abgesehen von den wirtschaftlichen Gegensätzen, in der Kriegsstimmung, die seit Jahrtausenden wie ein ständiger Nebel auf der Menschheit lastet. Macdonald hatte ganz recht, wenn er in Genf sagte, es sei ein Unglück, daß man die Befriedigung der Menschheit lediglich von militärischen Gesichtspunkten aus betrachte, die kriegerische Gesinnung vergifte die Menschen, indem sie ihren Verstand umneble und ihre Leidenschaften aufpeitsche. Das Friedensproblem sei ein geistiges und moralisches, und es bedürfe einer vollständigen inneren Umstellung der Menschheit, ehe es gelöst werden könne. Darüber könnten noch Jahrzehnte vergehen und Geschlechter ins Grab sinken. Wiewohl sei schon ein neuer Krieg im Entstehen, während wir von einem Weltfrieden reden. Pflicht aller Friedensfreunde sei es, die Seelen der Völker umzuwandeln und die Kriegsgesinnung mit Stumpf und Stiel auszurotten. Anders ausgebrochen heißt das: Soll die militärische Abrüstung Wirklichkeit werden, so muß die geistige und moralische Abrüstung vorausgehen. Daß eine solche Aufgabe nicht von heute auf morgen zu lösen ist, leuchtet ohne weiteres ein. Die innere Wiedergeburt eines Menschen oder der Menschheit kann immer nur das Ergebnis längerer Zeiträume sein.

Man muß sich wundern, daß noch heute, trotzdem das Christentum seit fast zwei Jahrtausenden das Evangelium des Friedens verkündet, die christliche Welt kriegerisch verwehrt ist. Das christliche Mittelalter wurde durchtobt von Kriegslärm und dem Schall der Waffen, das Wort: „Friede den Menschen auf Erden!“ war zu einem Hohn geworden. Die Gegenwart unterliegt, aller Kultur zum Trotz, der Kriegshypnose, und selbst zahlreiche Priester der „Religion der Liebe“, Nachfolger jenes Mannes, der das Friedenskind genannt wird, predigen den Völkerraub und schwärmen von einem Kriegs-Christentum, der mit dem Schwerte dreinschlägt. Ein Beweis, wie wenig es das Christentum vermocht hat, die Menschen innerlich umzuwandeln und zu wirklichen Christen zu machen. Ist es nicht ein Hohn, daß die amtlichen Vertreter des Christentums beim Ausbruch eines Krieges die Waffen segnen und den Herrgott anrufen um den Sieg der gerechten Sache — was bekanntlich die christlichen Priester aller Nationen tun, wodurch sie den Herrgott in die größte Verlegenheit bringen —, daß sie bei Denkmalserrichtungen und Kriegervereinigungen dem militärischen Gepränge die geistliche Weihe geben, daß sie überhaupt bei jedem Kriegsrummel die ärgsten Schreier sind? Wenn die Religion der Liebe und des Friedens derartig zu kriegerischen Zwecken mißbraucht wird, so darf es einen nicht wundern, daß die Kriegsgesinnung die Gehirne verkleistert und die Gemüter verwehrt.

Nicht nur die Kirche, auch die Schule trägt zur Kriegshypnose bei. Im Schulunterricht werden dem heranwachsenden Geschlecht die großen Kriegsmänner als die bewundernswürdigen Helden und nachahmungswürdigen Vorbilder geschildert, während die wahrhaft großen Männer, die eigentlichen Wohltäter der Menschheit, nur so beiläufig erwähnt werden. Der landläufige Geschichtsunterricht ist ja weiter nichts als ein Raufereiencatalog: da kommt ein Fürst auf den Thron und fängt einen Krieg an, er erobert Städte und zerstört sie, er erobert Länder und verweist sie, er vernichtet Tausende von Menschenleben und richtet überall ungeheure Verheerungen an — das ist der große Siegesheld, der in Liedern und Gedichten gefeiert wird. Und hat er Unglück gehabt bei seinen kriegerischen Unternehmungen, so ruht und rastet er nicht eher, bis er in einem neuen Kriege die Scharte auszuweihen vermag. Das ist das Schicksal der Menschheit seit Jahrtausenden. Der Krieg wird als der Normalzustand betrachtet, als ein unabänderliches Fatum. Und wenn ein Anhänger des Friedensgedankens von der Möglichkeit redet, eine kriegslose Zeit herbeizuführen, so wird er ein weltfremder Träumer, ein Narr genannt, wenn nicht gar ein Verbrecher gegen die göttliche Weltordnung. „Der Krieg ist im Rate der Vorsehung beschlossen“, lautet die dumme Redensart, „seine Beseitigung ist ein aussichtsloses Beginnen.“ Diese Auffassung, die den Schulkindern eingepflichtet wird, wird durch Jugendbände und Kriegervereine in den Köpfen festgehämmert, so daß sie schier unausrottbar erscheint.

In diesen Grundbrieten muß Breche gelegt werden. Es muß den Menschen gezeigt werden, daß der Krieg etwas Unnatürliches ist. Leider haben es die herrschenden Schichten, zumal die Fürsten, diese Rabenwüter und Völkerauslauger, bisher noch immer verstanden, den Friedenswillen zu unterdrücken und die Massen in einen Kriegstaukel zu verwickeln, so daß sie, aller gesunden Vernunft zum Trotz, sich gegenseitig wie die wilden Tiere zerfleischen. Glücklicher-

weise dämmert doch langsam die Erkenntnis auf, daß es eine ungeheure Dummheit ist, wenn die Untertanen sich totschießen oder zu Krüppeln schießen lassen, damit die Fürsten Eroberungen machen und Triumphe feiern, damit die Kriegsschieber und Kriegslieferanten sich die Taschen füllen. **Wer dies heute noch nicht einseh, der ist mit Blindheit geschlagen, der muß als ein Kieselrindvieh mit Eichenlaub und Schwertern bezeichnet werden.**

Von der moralischen Seite aus betrachtet, hat der Friedensgedanke besonders mit zwei Hindernissen zu kämpfen: mit der **Pflicht zur Vaterlandsverteidigung** und mit der **Verpflichtung der Ueberlebenden, die Opfer des Krieges zu rächen**. Wenn das Vaterland angegriffen wird, so ist es die heiligste Pflicht eines jeden Bürgers, die aus dem Selbsterhaltungstrieb entspringt, zur Abwehr des Feindes die Waffen zu ergreifen und das Leben aufs Spiel zu setzen. Dies widerspricht aber keineswegs der Forderung nach Unterbindung der Kriege. Die Friedenspropagandisten wollen ja gerade in erster Linie einen Angriffskrieg unmöglich machen, ohne den ein Verteidigungskrieg undenkbar ist. Sie wollen durch allmähliche militärische Abrüstung und gegenseitige Sicherheiten einem Friedensbrecher von Anfang an entgegen treten, so daß sein die Menschheit schädigendes Vorhaben im Keime erstickt wird. Hier ist der Kern- und Angelpunkt der gesamten Friedenspropaganda, wie dies die ausführlichen Beratungen auf der Völkertagung in Genf deutlich zeigen. Heutzutage ist die Angst vor einem feindlichen Angriff und der dadurch entstehenden Gefahr des Vaterlandes eine der stärksten Triebkräfte des Militarismus: die Kühlung in dem einen Bande ruft immer neue Kühlungen in den andern Ländern hervor, das gegenseitige Mißtrauen steigt immer mehr und der Haß gegen den „Erbsfeind“ lodert in hellen Flammen auf. Im Innern eines jeden Volkes gibt es leider Kreise, die den Nationalitätenhaß unablässig schüren, die unter der Maske des Patriotismus die Herzen und Gemüter der Menschen vergiften. Welches Unheil dieser Chauvinismus — ein Begriff, für den die deutsche Sprache kein Wort hat — angerichtet hat, braucht einem Kenner nicht erst gesagt zu werden. Die Vaterlandsliebe, diese edelste Blüte der Zivilisation, wird durch den Chauvinismus verschandelt, der berechtigten Nationalismus, eine natürliche Erscheinung im modernen Völkerverleben, wird verunstaltet durch das Treiben nationalitätlicher Maulhelden. Da gilt es denn, die gesunde nationale Gesinnung zu pflegen, aber die nationalitätlichen Auswüchse rückwärts abzuscheiden.

Eine zweite moralische Verirrung ist die Meinung, es bestehe die Pflicht, für erlittene **Unbilden und Kränkungen Rache zu nehmen**. Von altersher steckt in der Menschheit der Durst nach Rache, der aus dem Haß entspringt und zum Morde führt. Es ist ein Beweis für den tierischen Ursprung des Menschen, daß in der Urzeit die Blutrache allgemeines Gesetz war, daß der Grundjah: Auge um Auge, Zahn um Zahn! allgemeine Geltung hatte. Je mehr sich die Menschheit von der Tierheit löst und zur Kultur emporsteigt, desto mehr trat der Rachegedanke in den Hintergrund. Die hervorragenden Moralisten fordern, daß man sich gegenseitig lieben soll. Und der große Nazarener sprach das Wort: „Liebet eure Feinde, tut Gutes denen, die euch hassen!“

Leider merkt man in der Praxis noch wenig von dieser höheren Moral. Man beobachtet nur, wie die deutschen Chauvinisten den Haß gegen die Franzosen schüren und den Rachekrieg gegen Frankreich predigen. Abgesehen von der offensichtlichen Unmöglichkeit, diese Rachegefühle erfolgreich zu befriedigen, müßte eigentlich schon eine einfache, nüchterne Prüfung des Sachverhaltes dazu führen, die Rachepläne zu verwerfen. Wenn man Rache nehmen will, so muß man den Schuldigen kennen und man muß auch imstande sein, den Schuldigen zu treffen, denn andernfalls verpufft die Rache wirkungslos. Wer trägt in Frankreich Schuld an dem Kriege und seinen Greueln, wer ist für die Befehle des Ruhrgebiets und die Bedrückung der deutschen Bevölkerung verantwortlich zu machen? Etwa das französische Volk oder die französischen Soldaten? Das kann doch kein vernünftiger Mensch behaupten. Sicherlich tragen die Staatsmänner vom Schloß Poincarés, die Militäristen und Kriegsbeher, ein gerütteltes Maß von Schuld; aber wer vermag die einzelnen Schuldigen festzustellen? Und, was noch schlimmer ist, bei einem Rachekrieg gegen Frankreich werden die eigentlich Schuldigen gar nicht getroffen, sie verstehen es vorzüglich, sich zu drücken und ihre werde Person in Sicherheit zu bringen. Aber die unschuldigen Kinder, die armen Wäiter, alle die Opfer des Krieges müssen leiden erdulden und Gesundheit und Leben opfern. Diese himmelschreiende **Ungerechtigkeit ist ja bezeichnend für alle Kriege der Vergangenheit und der Gegenwart**. Nicht umsonst hatten die alten Römer den Spruch geprägt: „Quidquid delirant reges, plectuntur Achiivi“ (Wenn die Könige verrückt werden und sich raufen, so müssen die Untertanen die Paare lassen). Nur ein Unvernünftiger kann von einem Rachekrieg sprechen. Ein vernünftiger Mensch weiß, daß immer die Unrichtigen getroffen werden, daß stets die Unschuldigen für die Schuldigen leiden müssen.

Abschließend können wir sagen: Soll der Friedensgedanke zum Heile der Menschheit verwirklicht, sollen die militärischen Kühlungen abgebaut werden, so muß ein Abbau des Völkerraubes erfolgen. Die Menschheit muß sich geistig, sittlich und seelisch umstellen, sie muß **innerlich anders werden, wenn sie äußerlich anders werden soll**. An dieser geistigen und moralischen Abrüstung mitzuarbeiten, das ist die Pflicht eines jeden, der es mit seinem eigenen Wolfe und mit der gesamten Menschheit gutmeint. Hier reichen sich wahre Religion und wahrer Sozialismus die Hände, hier ist die mittlere Linie, auf der sich die Kulturoffener begegnen.

### Die Aussichten der deutschen Maschinenausfuhr

Der Weltkrieg und seine Folgen haben der deutschen Wirtschaft so großen Schaden zugefügt, daß außerordentliche Anstrengungen erforderlich sein werden, um auch nur den früheren Stand wiederzuerobern. Vor dem Kriege hatte Deutschland im Weltmarkt die zweite Stelle inne, nur der großbritannische Anteil war noch größer. Jetzt sind wir von den Vereinigten Staaten und von Frankreich überholt worden, dazu ist es zahlreichen kleineren Nationen gelungen, ihre Weltung auf dem Weltmarkt zu verstärken. Deutschland soll nun nicht nur seinen eignen Staatshaushalt wieder ins Gleichgewicht bringen, es soll außerdem erhebliche Abgaben für Reparationszwecke leisten. Um diesen außerordentlichen Anforderungen gerecht zu werden, muß es durch erhebliche Steigerung der Warenausfuhr seine Zahlungsfähigkeit zu bessern suchen. Ob diese Anstrengungen von Erfolg begleitet sein werden, hängt von einer Reihe von Umständen ab.

Zunächst kommt es darauf an, ob der Weltmarkt für eine erhöhte Warenmenge überhaupt ausnahmefähig sein wird. Zugleich mit uns werden auch die anderen Industrieländer ihre Ausfuhr zu steigern versuchen. Nun sind ohne Zweifel die Bunden, die der Weltkrieg der Konsumkraft großer Völker, besonders Mittel- und Osteuropas geschlagen hat, längst nicht wieder geheilt, und es ist zu erwarten, daß mit der Wiederkehr geregelter Verhältnisse im europäischen Staatsleben die Industrieländer sich nicht nur als Wettbewerber gegenüberstellen, sondern daß auch ihr wechselseitiger Bedarf sich wesentlich steigern wird. Das lehrreichste Beispiel dafür bietet das Verhältnis zwischen Deutschland und England vor dem Kriege, wo eines des andern Wettbewerber zwar, zugleich aber eines des andern guter Kunde.

Die Ausfuhrmöglichkeiten Deutschlands sind insofern geringer geworden, als eine Reihe früherer Absatzländer sich inzwischen von der deutschen Industrie zum Teil unabhängig gemacht haben. Besonders bekannt sind die Vorgänge in der Farbenindustrie, mit der Deutschland ehemals fast allein herrschend war, die jetzt aber auf einen lebhaften Wettbewerb besonders aus England, der Schweiz und den Vereinigten Staaten stößt. Viele Länder, die früher Rohstoffe und Lebensmittel ausführten und dafür europäische Industrieerzeugnisse einfuhrten, verarbeiten jetzt die Urstoffe an Ort und Stelle zu Halbzeugen oder sie stellen in wachsendem Umfange selbst Fertigwaren her, wie beispielsweise Kanada, Brasilien, Indien, Südafrika. Deutschlands Industrie hat noch besonders darunter zu leiden, daß viele von den ehemaligen Kriegsgegnern die deutschen Waren durch hohe Zollbelastungen oder durch besondere Gesetze gegen eine Preisunterbietung (Dumping) fernzuhalten suchen.

Die künftige Handelspolitik wird also vor allem darauf gerichtet sein müssen, mit den anderen Staaten in ein normales Handelsvertragsverhältnis zu kommen, bei dem die Belange beider Seiten nach Möglichkeit gewahrt werden. Bei Spanien ist das bereits gelungen, für die Verhandlungen mit den ehemaligen Kriegsgegnern hat Deutschland von Anfang nächsten Jahres ab, wo die einengenden Bestimmungen des Versailler Vertrags fallen, wieder freiere Hand. Sind wieder normale vertragliche Verhältnisse geschaffen, die uns vor allem nicht schlechter stellen als die anderen Industriestaaten, so hat die deutsche Industrie wieder Gelegenheit, ihre Wettbewerbsfähigkeit auf dem Weltmarkt zu erweisen. Das kann geschehen entweder durch billige Preise oder durch Verbesserung der Güte ihrer Erzeugnisse.

In einer kürzlich erschienenen sehr bemerkenswerten Schrift untersucht Fritz Reuter diese Verhältnisse für den deutschen Maschinenbau (Die Exportmöglichkeiten der deutschen Maschinenindustrie, Berlin 1924, Verlag Julius Springer). Seine Darstellung ist besonders deshalb wertvoll, weil sie nicht nur das erstmalig die Beziehungen der deutschen Industrie zum Ausland genau aufzeigt, sondern dazu noch das für die im deutschen Außenhandel führende Industrie tut. Nach der Zahl der beschäftigten Personen (Anfang 1913 etwa 750 000) steht der Maschinenbau ziemlich an erster Stelle unter den Gewerbebezügen in Deutschland. Es wird von ihm hochwertige Arbeit geleistet. Entfallen doch nach den Angaben des Vereins deutscher Maschinenbauanstalten auf 100 Arbeiter 46 Facharbeiter. Im Durchschnitt der Jahre 1909 bis 1913 betrug die Einfuhr von Maschinen nach Deutschland nur 16 v. H. der Maschinenausfuhr. Während des Krieges und in den Jahren nachher hörte die Maschinenindustrie den inländischen Bedarf vollständig. Das hatte allerdings zur Folge, daß die fabriktions-technischen Einrichtungen in Deutschland hinter denen des Auslandes, vor allem der Vereinigten Staaten, wesentlich zurückblieben.

Die schwierigste Zeit machte die deutsche Maschinenindustrie im Jahre 1923 durch. Die Unterbietung auf dem Weltmarkt beantworteten die anderen Staaten mit der Droßelung der deutschen Einfuhr. Die Kurbeziehung legte die dortigen Betriebe fast völlig lahm, das Vertrauen des Auslandes in die deutsche Industrie war fast ganz geschwunden, der Auftragsbestand ging schnell zurück.

Der durch die wachsende Inflation bedingte steigende Weltbedarf der deutschen Industrie zwang den deutschen Exporteur im Laufe des vergangenen Jahres zu einer immer kürzeren Bemessung der seinen ausländischen Abnehmern einzuräumenden Kredite, zu einer immer stärkeren Gestaltung der Zahlungsbedingungen. Das geldgefättigte Ausland hingegen — insbesondere die Vereinigten Staaten — vermochte es, im Wettbewerb mit Deutschland seinen ausländischen Abnehmern langfristige Kredite bis zu drei Jahren



eingedrückt. Die geschwächte Position der deutschen Industrie, insbesondere der Maschinenindustrie mit ihren langen Lieferverträgen, im Konkurrenzkampf mit dem Ausland tritt hierin klar zutage.

Die Stabilisierung der Währung führte zu einer gewissen Verhütung. Die Preise der Maschinen konnten auf den ungefähren Stand der Weltmarktpreise gesenkt werden. Diese Preisentwertung, so sagt Reuter weiter, beginnt sich nach den uns zugänglichen Berichten in einem etwas reichlicheren Eingang von Anfragen aus dem In- und Auslande auszuwirken. Auch wird in Fachkreisen von einer merklichen Besserung der Arbeitsleistung des einzelnen Mannes berichtet. Freilich ist der Auftragszugang sowohl aus dem In- wie aus dem Auslande für eine volle Ausnutzung der Betriebe noch nicht genügend hoch.

Wie kann nun die deutsche Maschinenausfuhr gehoben werden? Während der Inflation waren die Arbeitslöhne so gering, daß sie in der Berechnung der Selbstkosten fast gar keine Rolle spielten. Betrug doch zeitweise der Lohn eines gelernten Metallarbeiters in Deutschland nur noch etwa den 15. Teil des englischen Lohnes. Der Unternehmer war aus dem Techniker zum Händler und Spekulant geworden, seine wichtigste Aufgabe bestand darin, alle inflatorischen Möglichkeiten auszunutzen, die vornehmlich in der Inanspruchnahme von Papiermarktkrediten, in der Flucht in die Sachwerte, in der Ansammlung von Devisen bestanden. Im Herbst 1923 wurde der deutsche Unternehmer plötzlich von seinem „Inflationstankapee“ hochgerüttelt, er sah seine Wettbewerbsfähigkeit auf das stärkste bedroht. Die Kriegszeit hatte zu einer Verminderung des Bedürfnisses geführt, die Maschinen dem Fortschritt der Technik anzupassen. Der deutsche Maschinenbau ist daher heute fabrikationstechnisch wie betriebsorganisatorisch hinter seinen Konkurrenten im Ausland zurück. Die deutschen Unternehmer suchten aber nicht etwa das Verfallene schleunigst wieder nachzuholen und die Produktionstechnik wieder zu verbessern — oft waren sie dazu aus Mangel an flüssigem Kapital nicht in der Lage —, sondern sie glaubten durch Senkung des Lohnes die Produktionskosten verringern und dadurch wieder ausfuhrfähig werden zu können.

Fritz Reuter kommt zu dem abschließenden Ergebnis, daß aller Voraussicht nach die deutsche Maschinenindustrie weiterhin auf ansehnlicher Höhe bleiben werde. Um aber die Ausfuhrfähigkeit zu heben, müßte eine Reihe von Punkten besonders beachtet werden. Wir greifen aus ihnen das Wichtigste heraus: Es ist auf Beseitigung oder Milderung der Sperremaßnahmen oder Mehrbelastungen in den anderen Ländern hinzuwirken. Der deutsche Unternehmer wird seine Ausfuhrfähigkeit heben, wenn er bezüglich seiner Fabrikationstechnik und Betriebsorganisation sich dem Fortschritt anzupassen umstände ist. Das Ventil, durch niedrige Löhne sich die Ausfuhrfähigkeit zu erhalten, kann nur als ein Notbehelf angesehen und als solcher gerechtfertigt (? Schriftl. d. M. A.) werden, um in der dadurch geschaffenen Atempause die wesentlich weitere amerikanische Produktionstechnik aufzuholen. Die Qualität des Fabrikats müsse gehoben werden. Der deutsche Unternehmer solle bei der Aufstellung von Angeboten und in der Krediterteilung die Verhältnisse des ausländischen Kunden berücksichtigen, ausländische Anstellungen beschiden wie überhaupt sich über die Lage im Ausland umfassend zu unterrichten suchen.

Unser Verfasser hat nach dem von ihm angeführten Quellenverzeichnis lediglich amtliches Material oder Material der Unternehmerverbände verwendet. Aber dennoch kommt auch er zu dem Ergebnis, wie schon die gewerkschaftlichen Organisationen vor ihm: Die deutsche Industrie darf keine Schmutzkonturen treiben; wenn sie ausfuhrfähig bleiben will, so muß sie Qualitätsarbeit liefern. Diese erzeugt man aber nicht durch Druck auf die Arbeitszeit und ihre Verschlechterung der Arbeitsverhältnisse. Im Gegenteil, man kann sagen, je länger die Arbeitszeit, je höher der Lohn, desto besser die Güte der Erzeugnisse. Die Arbeiter in ihrem Teil aber müssen durch den gewerkschaftlichen Kampf dafür sorgen, daß das „Ventil“, von dem Reuter spricht, sobald wie möglich wieder verstopft wird. Eugen Prager.

### Zur neuesten Lösung der SPD

In den letzten Wochen hat die SPD ihren Parteiparat erneut eingekleidet auf die Lösung: „Für die Einheit der Gewerkschaften! Die Gewerkschaften müssen von uns erobert werden, um mit Hilfe dieser eroberten Gewerkschaften die Reformisten, diese Sozialverräter und Sozialfaschisten, restlos zu beseitigen und dann die Weltrevolution durchzuführen!“

Woher nun wieder der Ungehörigkeit in der Politik Moskaus? Man hat eingesehen, daß mit der Bildung von Parallelgewerkschaften nichts zu erreichen, sondern eine Gefahr für die Weltrevolution damit verbunden ist. Schon im April d. J. richtete Sinowjew einen Brief an den in Frankfurt a. M. lebenden Parteitag der SPD, worin er unter anderem schrieb:

Am Zuge nach der Bildung dieser parallelen Gewerkschaften durch euch (die deutsche SPD) werden die Massen an euch sofort die Forderung stellen, erfolgreiche wirtschaftliche Kämpfe zu führen. Bei der jetzigen Lage der deutschen Industrie, mit der internationalen deutschen Sozialdemokratie und dem ADGB im Rücken,

### Die Entstehung von hartem Gußeisen

Von Siegfried-Jägermeister Hugo Mainz

Es ist keine seltene Erscheinung in der Eisgießerei, wenn gelegentlich das Fertigprodukt hier und dort für die weitere Bearbeitung zu hart ist. Die Härte ist in der Regel die Abweisung, welche beim Abschleifen des Gußgutes diese unangenehme Eigenschaft zeigt. Von hier aus erklärt es auch der Betriebsleiter, der Formarbeiter und der Fuhrer. In einigen Fällen ist es leicht, als solcher Beobachter die Ursachen über den entstandenen harten Guß zu finden. Man sieht zunächst eine ein halbes Dutzend Grade nach der Härte Skala vor, dann, der eine jähartig wichtig auf den nächsten Schritt, ein anderer Grad die Härte im hohen Phosphorgehalt zu finden. Ein, jezt ist anderer: im Eisen ist zu viel Schwefel enthalten, und auch ein anderer Faktor jähartig gibt die Erklärung ab, daß der geeignete Guß nicht mehr möglich ist. Man erklärt aus diesen Umständen, daß die Schwierigkeiten in der Darstellung der Entstehung des harten Gußes durchaus nicht einzig sind. Eschlüssig ist, daß die Härte dem Gußeisen in die Höhe mit der Aufkohlung, daß von Kohlenstoff 60 u. d. in Abzug gebracht werden soll, weil, so beschränkt der Formarbeiter, so weit gegeben werden sei. Eschlüssig gibt es dann, um dem Gußeisen ein Ende zu machen, beim Schmelzungsprozess ein Zwischenstadium.

Ich glaube nun anzunehmen zu dürfen, daß die Behandlung dieses Gußes den Feiner dieser Reitzung willkommen sein wird, jedoch mag ich darauf aufmerksam, daß, wenn ich mit meinen Erfahrungen begreue, zunächst die Bedeutung über die chemische Zusammensetzung der Rohmaterialien zu behandeln ist. Ich werde mich dabei beschränken, diesen Punkt in einfacher Weise zu behandeln, so daß jeder in der Lage sein wird, seinen Ausführenden folgen zu können. Behandlung verwendet man in den Eisgießereien an Roheisen: 1. Schmelz, 2. Siebereinrohen I,

in dem auf jeden Fall nicht weniger als zwei Drittel der Arbeiter verbleiben werden, könnt ihr keine wirtschaftlichen Streiks fähig führen... Sobald sich aber die Massen überzeugen haben werden, daß unsere (die „roten“) Gewerkschaften wirtschaftliche Streiks nicht fähig durchzuführen können, werden sie enttäuscht sein und unsern Parallelgewerkschaften den Rücken kehren...

Neben seiner Schlußheit enthält der Brief ein Stück Ehrlichkeit, und zwar insofern, als darin eingestanden wird, daß die kommunistischen Gewerkschaften nicht in der Lage sind, siegreiche Kämpfe zu führen. Welt man dies wußte, hätte man sich, auf der ganzen Linie einen eignen Laden aufzumachen, und dieses Wissen, gestärkt durch die inzwischen gemachte praktische Erfahrung, zwingt nun, zum Rückzug zu blasen.

In dem Briefe Sinowjews heißt es weiter: „Die Betriebsräte müssen die Gewerkschaften für die fortschreitende Verelendung der Arbeiterklasse anfragen und verantwortlich machen.“ Obwohl man selbst, wie die weiter oben wiedergegebene Briefstelle zeigt, eingesteht, daß die kommunistischen Gewerkschaften selbst erfolgreiche Kämpfe nicht zu führen vermögen, sollen die Kommunisten die „reformistischen“ Gewerkschaften anfragen wegen der Verelendung der Arbeiterklasse! „Sitt, Schläueheit, illegale Methoden!“

Zu welchem Zwecke die „Eroberung der Gewerkschaften“ und die „Zusammenfassung der gesamten Kraft des Proletariats“ in einheitlichen Verbänden gedacht ist, sprach kürzlich der Berliner Kommunist Reumann ziemlich deutlich aus:

Wir legen eine Fährschnur mit Sprengkapseln in die Gewerkschaften hinein, drücken auf den Knopf und puff ist der Führer weg. Unsere Leute kommen dann auf den Thron. So machen wir es systematisch, bis wir den ganzen Apparat in der Hand haben. Wenn wir erst dran sind, dann wird alles anders werden.“

Das ist insofern richtig, als überall, wo nach dem Sprengkapselplan „gearbeitet“ wurde, ehemals starke und blühende Verwaltungsklassen in kurzer Zeit heruntergewirtschaftet worden sind (siehe Effen, Delbert, Remscheid usw.), es also überraschend schnell „anders“ wurde.

Eine schon oft widerlegte, aber ständig wiederkehrende Behauptung der kommunistischen Gewerkschaften ist, die Kommunisten würden aus den Gewerkschaften ausgegliedert, weil sie — Kommunisten seien. Dabei weiß jeder, daß weder nach dem konfessionellen noch dem politischen Kataklysmus in den freien Gewerkschaften gestagt wird. Was aber von jedem Mitglied verlangt wird und verlangt werden muß, ist seine Unterordnung unter die Beschlüsse der Verbandsräte, die Anerkennung der Verbandsfassung und die Befolgung der vom Vorstand gegebenen Anweisungen. Es ist mit der Einseitigkeit und Schlagkraft einer Organisation unvereinbar, wenn von Leuten, die gegenüber der Organisation keine Verantwortung tragen, an Mitglieder und Angestellte der Organisation Anweisungen gegeben werden. Gegen solche Zustände muß von der verantwortlichen Leitung rücksichtslos eingegriffen werden. Was unsere Kommunisten an den deutschen Gewerkschaften verdammen, wissen sie an den russischen nicht genug zu loben. In den Satzungen des Allrussischen Industrieverbandes der Bauarbeiter heißt es hinsichtlich der Disziplin:

Der Verband hält unter seinen Mitgliedern eine feste gewerkschaftliche proletarische Disziplin aufrecht zum Zwecke ihrer organisatorischen Schulung. Personen, die die Satzungen des Verbandes verletzen und die Beschlüsse desselben nicht einhalten, die ihrer Verpflichtung sich widersetzen und der proletarischen Verbanddisziplin sich nicht unterwerfen... werden aus dem Verbande ausgeschlossen.“

Für die „reformistischen“ Gewerkschaften erkennen die Kommunisten die Notwendigkeit freierer Ordnung vielfach nicht an, vielmehr klagen sie ständig über Ausschüsse wegen Verletzung der Satzungen, obwohl das Mitbestimmungsrecht des einzelnen in unseren Gewerkschaften durch die Satzung gewährleistet ist. In den russischen Gewerkschaften ist von diesem Mitbestimmungsrecht keine Spur. Denn es heißt in § 18 des oben angezogenen Statuts:

Jedes Verbandsmitglied ist verpflichtet, an den festgesetzten Terminen seine Beiträge zu entrichten, den Verbandsabgaben und der Gewerkschaftsdisziplin sich zu unterwerfen, alle Beschlüsse und Verordnungen der Verbandsinstanzen zu befolgen und sie widerstandslos zu verwirklichen.“

Welches Geschrei würden die Anhänger Moskaus erheben, wenn in irgend einer deutschen Gewerkschaft durch die Satzung die Mitglieder verpflichtet würden, Beschlüsse und Verordnungen der Verbandsinstanzen widerstandslos zu verwirklichen? Des weiteren heißt es in der Satzung des russischen Bauarbeiterverbandes über Ziele und Aufgaben:

Beteiligung an der Organisation und Regelung der Arbeit und der Produktion sowie Herstellung normaler Arbeitsbedingungen und normaler Lebenshaltung vermittelt durch die Organe der Sowjetregierung. Zum Zwecke der Verwirklichung der oben bezeichneten Ziele prüft und schließt der Allrussische Verband der Bauarbeiter Kollektivverträge und übernahm ihre Geltung, beteiligt sich an Konfliktmaßnahmen und Schlichtungsmaßnahmen und organisiert und leitet erfordernfalls Streiks, beteiligt sich durch seine Vertreter an der Tätigkeit aller Behörden des Reichs, die sich mit der Planierung der Wirtschaft befassen.“

Genau wie in den „reformistischen“ Gewerkschaften! Also auch Tarif- und Vertragspolitik, die von unseren kommunistischen Revolutionären durch das Sammelwort „Verräterei“ immer wieder heruntergerissen dersticht wird.

### Kapitalistische Gumpflöten

Er war früher ein einfacher Arbeiter im Söflinger Industriebezirk. Einmal Tages erbeute ein Mann — der sich nach andere in der Zeit des Stahlbooms durch an die richtige Stelle gefandte Geldsummen vor dem Heldeutod zu bewahren gewußt — die geschäftliche Begabung des betreffenden Arbeiters. Dieser Mann richtete seinen Schilling eine unter dem Namen „Kabejo“ fegelede Gesellschaft m. b. H. ein,

1. Siebereinrohen III (auch Deutsch III genannt), 2. Siebereinrohen III und IV.

In einigen Siebereinrohen verwendet man auch englische Marken, und es gibt heute noch Siebereinrohen, die behaupten, daß Englisch III besser sei wie Deutsch III. Solche Behauptungen kann man glatt widerlegen, wenn man die chemische Zusammensetzung von Deutsch III und Englisch III vergleicht.

Unter Siebereinrohen, welches wir in der Eisgießerei verwenden, hat außer dem eigentlichen Siebereinrohen noch verschiedene andere Begleiter (Eisenbegleiter). Das eigentliche Eisen und seine Begleiter werden auch Elemente genannt, weil jedes einzelne Element chemisch sich nicht weiter zerlegen läßt. Werden zum Beispiel irgendeinem Chemiker etwa 120 Gramm reines Eisen zur Untersuchung übergeben, ohne ihm zu verraten, daß es reines Eisen ist, und geben wir ihm also den Auftrag, durch eine chemische Untersuchung festzustellen, welche Elemente in der übergebenen Probe enthalten sind, so wird dieser Chemiker durch Aufzählung aller nur möglichen Untersuchungen fest nur Eisen vorfinden. Die Eisenbegleiter, mit denen der Siebereinrohen zusammen zu rechnen hat, sind folgende:

Silizium (chem. Bezeichnung Si) | Schwefel (chem. Bezeichnung S) | Phosphor (chem. Bezeichnung P) | Kohlenstoff (chem. Bezeichnung C)

Der Kohlenstoff (C) ist in unserem Siebereinrohen fast in beträchtlicher Menge vorhanden, im Durchschnitt etwa 3,5 v. H. Dabei ist zum Teil dieser Kohlenstoff mit dem Eisen chemisch gebunden, das heißt mit dem Eisen so innig vermischt, daß man diesen sogenannten gebundenen Kohlenstoff mit dem Auge sowohl als auch nicht mit dem Mikroskop erkennen kann. Seine prägnante Anwesenheit kann nur durch chemische Untersuchung ermittelt werden. Angenommen, es sei so ziemlich der ganze Kohlenstoff von 3,5 v. H. mit dem Eisen chemisch gebunden, so wird die Bruchfläche weiß oder weißlich erhellert. Sollte die harte Probe ist nicht imstande, dieses weiße Kohleigen anzuzeigen. Wir haben früher schon oft von einer Kohlenstoffprobe gehört, die man Spiegelstein nennt. Zu diesem Kohleisen ist der

um dem geschäftlichen Betätigungsbereich seines Schüßlings, Karl Becker ist sein Name, Befriedigung zu gewähren. Becker verstand sein Geschäft. In der Kriegszeit und Nachkriegszeit wurde das Ausland durch Stahl und Eisenwaren der „Kabejo“ versorgt. Waren, die teils unter Ausnutzung der Notlage anderer Leute entstanden, teils durch gewissenlose Ausbeutung kleiner Fabrikanten hergestellt wurden im Ausland mit hohem Verdienst abgesetzt. Die „Kabejo“ wurde auf diese Weise groß und kräftig. Dann kam die Geldentwertung. Becker verstand auch während dieser Zeit sein Geschäft. Er fand einen Mitarbeiter, der ihn mit dem Bankrott vertraut machte und ihn den Weg zum Inflationsgenotm zeigte. Ein Mittel hierzu war die Reichsbanknebenstelle in Ohligs. Bei dieser fand Becker Freunde und Freundinnen. Jetzt wurde er auch Gründer und Mitgründer von Firmen. Die Kreditnot, die manchem lähmend wirkte und alte, solide Firmen oft schwer bedrohte, bestand für Becker nicht. Mit Unterstützung der Reichsbank wurde er erfolgreicher Wechselritter. Während Aktepte anderer Firmen mit besten Unterchriften zurückgewiesen wurden, war Becker in der Lage, Millionen-Aktepte zum „Diskont“ zu geben. Unter anderem stellte die „Kabejo“ einen Wechsel über 800000 Goldmark aus, der von einer Gründung Becker's, einer G. m. b. H., „akzeptiert“ wurde, deren Goldmarkwert nur einige Hundert Mark betrug. Dieser Wechsel wurde, obgleich zwei Unterchriften vorgeschrieben, nur mit einer Unterchrift versehen von der Reichsbank in Ohligs angenommen. Es wurde weiter ein Wechsel über einen sehr hohen Goldmarkbetrag angenommen, der von einer am Tage vorher durch Becker mitbegründeten, fast vermögenslosen Aktiengesellschaft „akzeptiert“ war.

Das Treiben Becker's und seiner Freunde bei der Reichsbank in Ohligs wurde zuletzt so toll, daß der Untersuchungsrichter vom Oberlandesgericht eingriff. Becker selbst entfloh, nachdem er vorher den größten Teil seines auf 20 Millionen Goldmark geschätzten Vermögens ins Ausland geschafft hatte. Seine Helfer kamen in Untersuchungshaft.

Aber die geschäftliche „Begabung“ des Becker berichtete die Köln.-Ztg. bei Gelegenheit der ersten Gläubigerversammlung des in Konkurs geratenen Bankhauses Kurt Wagner: Das Bankhaus mußte dem Becker einmal für ein Darlehen von 251000 Goldmark innerhalb sechs Wochen 395000 Goldmark Zinsen zahlen. Das sind im Jahr über 1800 v. H.! Ein anderes Mal für eine Million 525000 Goldmark Zinsen. Jetzt hat man ihn wegen Wucher zur Anzeige gebracht.

An dem Werdegang dieses Glücksritters tritt so recht in Erscheinung, wie überall die Geschäftsmoral der kapitalistischen Gesellschaft ist. Wie viele Becker's laufen noch herum, die der Staatsanwaltschaft wegen Rechts wegen längst hätte paden müssen. Im österreichischen Reichsrat prägte einmal ein Minister das Wort: „Meine Herren, es wird heutzutage niemand mehr reich, ohne mit dem Armeel das Suchthaus gestreift zu haben.“

Die ungerechte Lastenverteilung. In den ersten fünf Monaten des laufenden Finanzjahres, das heißt in den Monaten März bis Juli, betrugen die Einnahmen des Reichs 2560 Millionen Goldmark. Die Einnahmen aus der Reichsbahn und der Post, die selbständige Verwaltungsbüro betreiben, sind nicht eingerechnet. Wie verteilt sich die genannte Summe auf die einzelnen Einnahmequellen? An erster Stelle der Einnahmen steht die Umsatzsteuer, ihr Ertrag war 748 Millionen Goldmark, beinahe 30 v. H. der Gesamteinnahmen. Ihr folgten die Einnahmen aus Zöllen und Verbrauchssteuern mit 488 Millionen Goldmark und die aus Lohnabgaben mit 467 Millionen Goldmark. Die Transportsportsteuern brachten 104 Millionen Goldmark. Die letzten genannten Einnahmen machten 42 v. H. der gesamten Einnahmen aus. Die beschlossenen Bevölkerungsschichten haben den größten Teil dieser Einkünfte, die demnach 72 v. H. der Gesamteinnahmen betragen, aufgebracht. Sie haben auch einen Teil der Einkommensteuern, deren Ertrag sich in diesen fünf Monaten auf 341 Millionen Goldmark belief, getragen. Den Warenveräußerern konnte in dieser Zeit die Überwälzung der Einkommensteuer auf die Verbraucher am so mehr gelingen, als diese in der Form von Umsatzsteuern eingenommen wurde. (Die Einkommensteuer wurde als Vorauszahlung in einem festen Hundertlag vom Warenumsatz nach Abzug der Gehalts- und Lohnausgaben geleistet.) Die Vermögenssteuer brachte in den fünf Monaten rund 100 Millionen Goldmark, 4 v. H. der gesamten Einnahmen, die Erbschaftsteuer brachte nur wenige Millionen Goldmark. Die angeführten Zahlen sind ein bereites Zeugnis für den unsozialen Charakter der Lastenverteilung.

Der Anteil der Löhne am Preise des Produkts. In Nr. 3, 1924, der von der Frankfurter Zeitung herausgegebenen Wirtschaftskritik ist unter obigem Titel eine Übersicht über den Lohnanteil am Produktionspreis der Fabrikate der Textilbranche erschienen. Es heißt dort:

Ein Überblick über die nachfolgenden, uns von Herrn Georg Landauer, Augsburg, zur Verfügung gestellten Ergebnisse der Untersuchung in Spinnerei und Weberei zeigt, daß für drei Warenarten der Anteil der Löhne am Verkaufspreis, verglichen mit der Vorkriegszeit, sehr stark zurückgegangen ist, sich aber im Jahre 1924 dauernd langsam erhöht hat. Der Anteil beträgt im Juli 1924 immer noch nur knapp die Hälfte des Vorkriegsanteils. Dabei liegen die Löhne und Gehälter je Meter absolut etwas über den Vorkriegslohnungen, so daß der starke Rückgang des Lohnanteils auf die bedeutend stärkere Steigerung des Verkaufspreises auf das rund 2½fache der Vorkriegszeit zurückzuführen ist. In dieser Richtung müssen also die Gründe der Verteuerung der Produkte gesucht werden, wofür die Erhöhung des Baumwollpreises auf das rund 2½fache in der Hauptsache gewirkt hat.

Hieraus geht deutlich hervor, daß das Geschrei der Unternehmer, wonach die Steigerung der Löhne ein Hindernis für die wirtschaftliche Entwicklung ist, vollkommen sinnlos ist. Allerdings weist diese Untersuchung auf eine bedeutungsvolle Tatsache hin, nämlich auf die starke Steigerung der Baumwollpreise, die bekanntlich zu einem großen Teil der planmäßigen Verminderung der Baumwollanpflanzung seit dem Jahre 1920 zuzuschreiben ist.

Kohlenstoff mit dem Eisen chemisch gebunden. Wir haben nun aber auch schon oft den Eisenhäger beobachtet können, als er Hämatit, Siebereinrohen I oder Siebereinrohen III vermittelst eines schweren Hammers zerleinerte. Betrachten wir einmal die Bruchfläche, besonders die des Hämatitroheisens, so sehen wir, daß die Bruchfläche entgegen dem weißen Kohleisen eine tiefgaue Farbe zeigt. Diese tiefgaue, mit Kristallflächen ausgestattete Bruchfläche ist Kohlenstoff. Er ist, wie man sagt, in dem Eisen zum größten Teil auskristallisiert in Gestalt von Graphit. Man kann ihn sogar mit einer spitzen Einstichadel loslösen. Auch beim Abbrechen der Gußstücke auf der Drehschmelz entwideln die herabfallenden Späne einen schwarzen Staub, das ist der auskristallisierte Kohlenstoff. Nachdem wir nun diese jähartig unwichtigen Beobachtungen gemacht haben, wird es erwartung sein, zu erfahren, woher es kommt, daß auf der einen Seite weißes und auf der anderen Seite graues Roheisen entsteht. Die Erklärung hierzu ist folgende:

Das wichtige Element Silizium hat von Natur aus die Eigenschaft, den im Roheisen anwesenden gebundenen Kohlenstoff zum Teil in eine andere Kohlenstoffform, der sogenannten graphitischen, umzuwandeln. Dadurch erhält das Roheisen die graue Farbe und es ist leicht zu bearbeiten. Man merke sich daher: Roheisen mit grauer Bruchfläche ist weicher, daher gut zu bearbeiten. Die Höhe des Siliziumgehaltes im grauen Roheisen beträgt etwa 2,2 bis 3,5 v. H. Das weiße Roheisen hat dagegen einen sehr niedrigen Siliziumgehalt und er geht vielfach weit unter 1 v. H. Außerdem hat dieses weiße Roheisen einen ziemlich hohen Mangangehalt. Das Mangan hat von Natur die Eigenschaft, den Kohlenstoff in chemisch gebundener Form zu erhalten, es wirkt also dem Silizium entgegen. Die gleiche Eigenschaft, die Auscheidung eines Teils gebundener Kohle zu Graphit zu verhindern, hat auch der Schwefel. Ist nun das Silizium in geringem Maße anwesend, so gewinnt das Mangan und der Schwefel die Oberhand und sie wirken auf starke Bindung des Kohlenstoffes: wir haben weißes Eisen. Es gibt aber noch andere Elemente, die auf die Härtebildung des Eisens Einfluß haben: der Phosphor, wenn er die Höhe



# Der britische Gewerkschaftskongress

Von Arthur Pugh, London.

Der 86. Kongress der britischen Gewerkschaften, der die erste Septemberwoche in Hull stattfand, wird zu den erfolgreichsten gewerkschaftlichen Tagungen gerechnet werden können. Er zeichnet sich durch die Abwesenheit von Unklarheit und bisshen Auseinandersetzungen, die beklagenswerte Erscheinungen der letztjährigen Tagung von Plymouth waren. Das will nun aber nicht besagen, daß der jetzige Kongress des freien und wirksamen Ausdrucks der Ansichten mangelte, wohl aber, daß die Brüderlichkeit des Tonos wie die Höhe der Aussprache und der allgemeine Sinn für Verantwortlichkeit, welche die Verhandlungen auszeichneten, so waren, daß sie sich als eine Steigerung des Einflusses des britischen Parlaments der Arbeit auf die öffentliche Meinung auswirken müssen.

Der 200 Seiten lange Bericht des Vorstandes bezeugt ein Jahr eifriger Tätigkeit auf jedem Gebiete gewerkschaftlicher Arbeit, wozu als die nicht unwichtigste das Eintreten in einer Reihe von ernsten industriellen Streitigkeiten zu zählen ist, die viele Tausende von Mitgliedern betrafen.

In der Sache der industriellen Streitigkeiten unterbreitete der Vorstand dem Kongress eine Entschließung, die auf die Erweiterung seiner Machtfugnisse abzielt. Diese Frage wurde zuerst auf der Tagung in Cardiff durch einen Antrag der Vereinigten Eisen- und Stahlgewerkschaften (Iron & Steel Trades Confederation) aufgeworfen, und sie ist seitdem in dieser oder jener Form auf der Tagesordnung eines jeden Kongresses erschienen. Letztes Jahr, in Plymouth, erhob sich Widerstand, der dem Umfang entsprach, daß die Entschließung, diesmal von den Baugewerkschaften eingebracht, den Vorstand ermächtigen wollte, im Falle solcher Streitigkeiten Sonderbeiträge von den angeschlossenen Organisationen zu erheben. Da dies auf eine Machterweiterung des Vorstandes hinausläuft, die zugestehen die Verbände keine Meinung haben, wurde die Entschließung abgelehnt. Dieses Jahr nahm nun der Vorstand die Sache selbst in die Hand und unterbreitete dem Kongress eine Entschließung, die dem Vorstand in Sachen der industriellen Streitigkeiten größere Machtfugnisse zuspricht, aber nichts von der Forderung eines Beitrages enthält. Die so beschaffene Entschließung fand keinen Widerstand mehr, wozu man freilich auch der Umstand beigetragen hat, daß der Vorstand in letzter Zeit wiederholt erfolgreich in solche Streitigkeiten eingegriffen hat.

Eine andere Neuerung des Vorstandes war die Unterbreitung einer Entschließung, die eine Art wirtschaftspolitisches Programm darstellt. Der Zweck dieser Neuerung ist ein doppelter. Der eine ist, in programmatischer Form alle Fragen zusammenzufassen, worüber vorhergehende Kongresse wiederholt entschieden haben, der andere Zweck ist, zu verhindern, daß diese Fragen auf jedem Kongress beim Tätigkeitsbericht durch Anträge und deren Erörterung unnötigerweise wiederholt werden, wodurch die teure Zeit der Behandlung anderer wichtiger Dinge genommen wird. Dieses Programm, die „Charte der Arbeit“, enthält unter anderem folgende Punkte:

1. Staatliche Übernahme und Kontrolle der natürlichen Reichtümer und öffentlichen Dienste, Nationalisierung von Grund und Boden, Bergwerken und Mineralien, Nationalisierung der Eisenbahnen, Ausbreitung aller staatlichen und Gemeindefirmen, um allen sozialen Notwendigkeiten und Bedürfnissen Rechnung zu tragen.
2. Gesetzliche 44stündige Normalarbeitswoche und gesetzliche Mindestlöhne für alle Industrien und Berufe.
3. Maßnahmen zur Verhütung der Arbeitslosigkeit und ausreichende Gewerkschaftenunterstützung.
4. Maßnahmen betreffend gesunde und geeignete Arbeiterwohnungen.
5. Schaffung aller Erleichterungen durch den Staat für den Übergang vom Volksschulunterricht zu den Hochschulen.
6. Gewährung ausreichender Unterstützung und Entschädigung für alle Arten von Betriebsunfällen und Krankheiten.
7. Alterspensionen vom 60. Lebensjahre an für alle Arbeiter, Pensionen für verwitwete Mütter und Ummündigte.

Der Kongress beauftragt den Vorstand, in allen Teilen des Landes eine Kampagne einzuleiten, um die öffentliche Meinung zur Unterstützung dieser Charte aufzufordern.

Der Kongress macht es ferner dem Vorstand zur Pflicht, auf jedem Kongress der britischen Gewerkschaften über den Umfang der zugunsten dieser Forderungen unternommenen Propaganda sowie über die erreichten Fortschritte zu berichten und beschließt, daß kein Antrag, der auf eine neuerliche Befestigung oder Beseitigung irgend eines der in der Charte enthaltenen Punkte abzielt, innerhalb dreier Jahre, gerechnet vom Tage der Annahme des betreffenden Gegenstandes, durch den Kongress auf die Tagesordnung gesetzt werden kann, es sei denn, daß ihn der Generatrat als dringlich bezeichnet.

Während den Kongress nur wenige innerpolitische Dinge beschäftigten, kam der internationale Teil der Obliegenheiten der britischen Arbeiterbewegung viel weiter denn je in den Vordergrund der Verhandlungen. Die zwei hervorstechendsten Fragen waren die Regelung der europäischen Dinge auf Grund des Dawes-Contingents, dann der englisch-russische Vertrag. Während, wie erwartet, der linke Flügel die erste Frage für ein Wortgefecht gegen die englische Arbeiterregierung benutzte, wurde von den Vertretern der Bergleute und anderen Verbänden die praktische Wirkung des Contingents auf die wirtschaftliche Lage der deutschen Arbeiter und seine Folgen für die produktiven Industrien Britanniens erörtert. Auf die Bedenken, ob die getroffene Regelung des Reparationskontingents die beste sei, wurde von Ben Turner eingewendet, daß wenn MacDonald die Streitfrage hätte allein regeln können, das Ergebnis wahrscheinlich ein anderes gewesen wäre. Allein, was man immer auch sagen möge, trotz des Widerstandes der Meinungen und Belange sei es der britischen Arbeiterregierung gelungen, einen wichtigen Schritt in der Richtung des Friedens und der Festigung der europäischen Verhältnisse zu tun, ein Erfolg, dessen sich keine andere Re-

gierung rühmen könne. Die allgemeine Ansicht des Kongresses schien zu sein, man habe nach der bestmöglichen Ausnutzung des Londoner Abkommens zu streben und man müsse trachten, seine Mängelstellen auf Grund der gemachten Erfahrung zu beheben.

Gegen den englisch-russischen Vertrag hat die kapitalistische Presse einen wohlgenährten Widerstand geführt und auch die Oppositionsparteien tun ihr möglichstes, die Zustimmung des Parlaments zu hinterziehen. Angefaßt dieser Launen war der Kongress der Meinung, die britischen Gewerkschaften müßten eine tatkräftige Gegenbewegung einleiten. In einer einstimmig angenommenen Entschließung wird die Regierung wegen des Abchlusses des Vertrages beglückwünscht und die Auffassung ausgedrückt, seine endgültige Annahme und Durchführung seien von beträchtlicher Wichtigkeit für den Weltfrieden und die Gesundung der internationalen Wirtschaft. Im weiteren wird der Vorstand angewiesen, alle immer möglichen Maßnahmen zu treffen, um dem Feldzug und den Entstellungen der reaktionären Presse entgegenzuarbeiten, und von der Regierung und dem Unterhaus verlangt, der Beschlußfassung über den Vertrag besondere Förderung angedeihen zu lassen.

Die Entfaltung der internationalen Beziehungen der britischen Gewerkschaftsbewegung wurde durch die Tatsache offensichtlich gemacht, daß nicht nur von Kanada und den Vereinigten Staaten, sondern auch vom Internationalen Gewerkschaftsbund, dem Arbeitsamt und den russischen Gewerkschaften Vertreter erschienen waren, außerdem hatten die Gewerkschaften von einer Reihe europäischer Länder Begrüßungsschreiben geschickt.

Die Presse hat angekündigt, auf dem Kongress werde es zu ernstlichen Streitigkeiten kommen wegen der Entschließungen der sogenannten Minderheitsbewegung und der kommunistischen Propaganda. Die Voraussetzung ist nicht in Erfüllung gegangen. Keine Körperschaft der Welt ist der Kritik der Leute vom „linken Flügel“ gegenüber duldsamer, als der britische Gewerkschaftskongress. Daß dieser Duldsamkeit wird er infand gesetzt, die Meinungen der „Linken“ voll wörtlich zu können und seine Politik entsprechend zu gestalten.

Es kann kein Zweifel obwalten, daß der Huller Kongress Zeugnis ist für die steigende Lebenskraft der britischen Gewerkschaftsbewegung und daß ihre Tätigkeit immer mehr offenbart, daß sie eine einflussreiche und aufbauende Macht für den Fortschritt der Arbeiterklasse darstellt.

## Das Comité des Forges

In Frankreich ist kürzlich ein von einem bekannten Juristen verfaßtes Buch über das Comité des Forges (Hüttenauschuß) veröffentlicht worden. Es gibt einerseits Auskunft über die geringe Macht dieser Vertretung der französischen Schwerindustrie, deren leitender Kopf, Pi not, der eigentliche Urheber der Ruhrbesetzung war, und weist andererseits auf die Leute hin, die den Erfolg dieser Organisation begründen, deren Mitglieder nicht nur Metallmagnaten sind, sondern auch in den Verwaltungsräten zahlreicher Gesellschaften, Banken, Eisenbahnunternehmungen und im Parlament sitzen.

Über die Zusammenziehung der Organisation wird in dem Buche unter anderem gesagt: Während die Berufsorganisationen im allgemeinen möglichst gleichartige Interessen vertreten, ist das Comité des Forges allezeit bestrebt, die verschiedensten und, wenn nötig, auch gegenwärtliche Interessen zusammenzufassen und so zum Beispiel die Metallproduzenten, die ihre Ware möglichst teuer zu verkaufen wünschen, und die metallarbeitenden Industrien, die das rohe Metall möglichst billig zu erwerben wünschen, in Abhängigkeit zu bringen. Wie ein ehemaliges Mitglied des Comité einmal sagte, verfolgt das Hüttenkomitee immer die Politik, die „Fische und die Fühner zusammenzugeben. Wer dabei den Kürzern zieht, ist nicht schwer zu erraten. Da die Organisationsformen der Unternehmer auch immer Hinweise für die Arbeiter sind, muß man sich fragen, welches bei einer solchen Verfassung die Folgen für die Arbeiterorganisationen sind. Die Antwort lautet in diesem Fall wohl zugunsten der Industrieorganisation, der ja nun in allen Ländern besondere Aufmerksamkeit geschenkt wird.

Über die Tätigkeit der leitenden Stellen heißt es unter anderem: Das Comité des Forges setzt sich aus einem Direktorium und einem Sekretariat zusammen. Laut zahlreichen Aussagen ist es der Leiter des Sekretariats, der die ganze Macht in Händen hat. Das Comité hat eine monarchistische Form. Auf die Frage, weshalb so hervorragende Persönlichkeiten wie die Mitglieder des Comité die Festlegung der politischen Richtlinien (sojagende einer einzigen Persönlichkeit überlassen, gibt das Buch folgende Antwort: Die große Kavallerieoffiziere, die nicht gern ihre Zeit mit materiellen Erwägungen verlieren, ziehen es die Mitglieder vor, die gewerkschaftlichen Angelegenheiten nicht selbst zu behandeln. Der Sekretariatsleiter ist deshalb auf diesem Gebiete die treibende Kraft der ganzen Organisation. Er ist Vizepräsident des Comité und gleichzeitig Generalsekretär der Gewerkschaftskammern für das Eisenbahnmateriale, den Kriegsgeschiffbau, die Kriegsmaterialproduktion, der Wasserwerke und der Bergwerke Frankreichs. Daneben sitzt er in den Verwaltungsräten der Volkshilfsanstalten, Versicherungsanstalten, Unfallanstalten usw. der obigen Industrien. Seine größte Aufmerksamkeit schenkt er jedoch seinem Amt eines Generalsekretärs der verschiedenen Produzentengewerkschaften und eines Hauptdelegierten des Verbandes der Metall- und Bergwerksindustrie“ und diese Eigenschaften sind es, die ihm seine große Macht und Autorität verleihen.

## Eine internationale Erhebung über die Produktion

Das internationale Arbeitsamt hat vor einem Jahre den ersten Band der Erhebung über die Produktion veröffentlicht, der eine allgemeine Übersicht über die Produktionskräfte enthält, die nach dem Kriege in die Erscheinung trat. Er umfaßt sieben Abschnitte über folgende Gegenstände: 1. die Rohstofffrage; 2. die Krise der Produktionsmittel; 3. die Transportfrage; 4. die Kapitalfrage; 5. die Absatzfrage; 6. die Währungsfrage; 7. die anderen allgemeinen Faktoren. Der Bericht hebt den überwiegenden Einfluß hervor, den während des Krieges und in der ersten Zeit nach dem Kriege die Rohstofffrage,

die Krise der Produktionsmittel und des Transports ausgeübt haben. Er kommt zu der Schlussfolgerung, daß seit Mitte 1922 die beiden wirtschaftlichen Faktoren, die unmittelbar die Produktion beherrschen, die Absatzfrage und die Währungsfrage sind, wobei die letztere als der Angelpunkt der Weltwirtschaftskrise angesehen wird. Die Rolle, die in der Weltwirtschaftskrise von der Schwächung der Kaufkraft Europas (vor allen Dingen Zentral- und Osteuropa) gespielt wurde, ist Gegenstand einer besonderen eingehenden Untersuchung, in welcher das Ausschneiden des russischen Marktes einen breiten Platz einnimmt. Es wird zum Beispiel gezeigt, wie die russische Einfuhr im Jahre 1913 mehr als 3 1/2 Milliarden Goldfranken betrug, im Jahre 1919 nur noch den 227. Teil dieser Summe, im Jahre 1920 den 50. Teil, 1921 den 8. Teil und 1922 den 5. Teil ausmachte.

In dem Kapitel, das sich mit dem Wechselkurs beschäftigt, wird den Arten der Festigung, die in Zentral- und Osteuropa angewandt worden sind, besondere Aufmerksamkeit geschenkt. Unter anderem werden folgende Einzelheiten angeführt:

Als der Völkerbund die österreichische Krone stabilisierte, stieg der Dollar in Österreich jeden Tag um 21 Kronen. Als Polen seine Mark festigte, ging der Dollar in Warschau jede Minute um 68 polnische Mark in die Höhe. Als Rußland den „Erdwonek“ einführt, der 10 Goldruble gilt, stieg der Dollar in Petersburg mit einer Geschwindigkeit von 18 000 Rubel die Sekunde. Schließlich als Deutschland zur Festigung der Mark durch die Schaffung der Rentenmark schritt, ging der Dollar in Berlin mit einer Geschwindigkeit von 70 000 Mark die Sekunde in die Höhe. — Der dritte Band der Erhebung über die Produktion enthält 270 Zahlentafeln und 145 graphische Darstellungen.

## Die Beschäftigung von Arbeiterinnen in England geht zurück

Während des Krieges haben an Stelle der Eingezogenen große Scharen von weiblichen Arbeitern in der englischen Industrie Beschäftigung gefunden. Nach Beendigung des Krieges hat der größte Teil der weiblichen Arbeiter ihren Platz für die Zurückgekehrten geräumt. Dafür sorgte die Vereinbarung der Gewerkschaften mit der Regierung und der Industrie, außerdem aber die Tatsache, daß die Frauen dieselben Löhne bezogen. Gehälter bezogen haben wie die Männer. Dieser Zustand, die gleiche Entlohnung für den gleichen Arbeitsposten, wurde auch in den Nachkriegsjahren aufrechterhalten. Dem schreift man die seitdem bauernd zunehmende Verminderung der Frauennarbeit in England zu. Die Frauen werden insbesondere in der Baumwoll-, Woll- und Seidenindustrie, in der Metall- und Porzellanindustrie und im Handelsgewerbe beschäftigt. Die Ausweitung der Gewerkschaften zeigt seit 1921 die sehr beträchtliche Abnahme der weiblichen Mitglieder. In den dem Gewerkschaftskongress angehörenden Gewerkschaften betrug deren Zahl 1921 eine Million, 1922 615 000, 1923 480 000. Die Abnahme im Jahre 1923 gegenüber 1921 betrug bei sämtlichen Gewerkschaften 13,5 v. H. Da die Zahl der Frauen in England gegenwärtig 2 1/2 Millionen höher ist als die der Männer, wurde im allgemeinen mit der Zunahme der Frauennarbeit gerechnet. Für die Beurteilung der zukünftigen Beschäftigungsmöglichkeit der englischen Arbeiter ist daher der Rückgang der Frauennarbeit von großer Bedeutung.

## Von einer russischen Gewerkschaft

Das Blatt des schwedischen Buchdruckerverbandes enthält einige Mitteilungen über den russischen Verband der Arbeiter im Buchdruckgewerbe, dessen Mitgliederzahl mit 77 000 angegeben wird. Auf dem im Dezember 1923 abgehaltenen Verbandstag wurde auch die Frage der Zahl der festangestellten Verbandsfunktionäre behandelt. Außerdem ein Teil der Delegierten die Ansicht vertrat, daß auf je 500 Mitglieder ein festangestellter Funktionär kommen sollte, beschloß der Verbandstag, auf je 300 Mitglieder einen Funktionär anzustellen. Nur in den Städten Moskau und Petersburg wurde das Verhältnis 1 zu 500 festgesetzt.

Im Verbandsblatt des russischen Verbandes, Petschatnik, vom 1. Februar 1924 werden folgende Angaben über die Einnahmen und Ausgaben des Verbandes gemacht:

Ausgaben:	
Gehälter der Angestellten . . . . .	11 807 438,84 Rubel
Bürokosten . . . . .	2 470 620,12
Organisationsausgaben . . . . .	8 624 682,87
Verchiedenes . . . . .	6 134 849,54
Petschatnik (Verbandsblatt) . . . . .	6 412 992,95
Zusammen 24 190 083,72 Rubel	

Die Einnahmen des Verbandes an Mitgliedsbeiträgen werden mit 14 485 344,21 Rubel angegeben, die Einnahmen aus dem Petschatnik betragen 6 557 670,07 Rubel. Unter den Einnahmen befindet sich ein Posten, aus dem hervorgeht, daß der Staat im letzten Jahre nicht weniger als 15 Millionen Rubel an den Verband ausbezahlt hat. Diese Zahlen zeigen, daß der größte Teil der Einnahmen für die Verwaltung verwendet wird. Da der Verband keinerlei Unterstützungen an die Mitglieder zahlt, ist die Verbandszeitung somit das einzige, was diese für ihre Beiträge erhalten.

## Erneuerung des Dreieckes der englischen Gewerkschaften.

Zwischen den drei größten englischen Gewerkschaften: Bergarbeiter, Eisenbahner und Transportarbeiter, bestand früher ein Bündnis zu gegenseitiger Unterstützung, das bekanntlich gelegentlich des großen Kohlenstreiks 1921 in die Brüche ging. Die verbündeten Gewerkschaften waren ihren Verpflichtungen — ob mit Recht oder Unrecht, soll hier dahingestellt bleiben — nicht nachgekommen. Nun wird der Erneuerung dieses Bündnisses das Wort geredet, und zwar ist es gerade der Vorstand des Bergarbeiterverbandes, der sich seinerzeit sehr enttäuscht fühlte, der jetzt eine Annäherung an die beiden anderen Gewerkschaften anstrebt. Es wird betont, daß die Ursachen für das Scheitern des früheren Bündnisses untersucht und das neue Bündnis auf eine andere Grundlage gestellt werden soll.

von 1,2 v. H. überschreitet. Auch der Schwefel wirkt auf Härtebildung, wenn er über 0,2 v. H. hinausgeht.

Wir sehen also aus dieser Darstellung, daß die Härtebildung des Eisens auf verschiedene Ursachen zurückzuführen ist. Wenn wir uns gelegentlich wieder um eine harte Gußware verkommen und die Ursache des harten Eisens feststellen wollen, so kann man nicht so ohne weiteres behaupten, daß die Ursache dem leichtesten Korns uvm. zuzuschreiben sei, sondern man wird sich zunächst einmal die Struktur des Eisens ansehen müssen. Ist dabei die Gußhaut weiß und das andere Gefüge dicht und hellgrau, so ist ohne weiteres anzunehmen, daß der Siliziumgehalt viel zu niedrig ist. Eine chemische Untersuchung wird diese Annahme stets bestätigen. Es wäre nur noch zu erwähnen, daß die Höhe des Siliziumgehaltes nach den Eisenarten der Gußstücke richtig einzustellen ist. Eine Siekererei, die durchweg Poterieguß (das heißt dünnwandiger Guß) herzustellen hat, also mit Bandstücken von unter 10 mm, wird die Höhe des Siliziumgehaltes so bemessen, daß in der fertigen Gußware im Mittel 2,6 v. H. enthalten sind. Bei 15 bis 20 mm Eisenstärke genügt ein Siliziumgehalt von etwa 2,2 v. H. uvm.

Ohne Zweifel werden die Leser nun auch wissen wollen, weshalb eine Abstufung des Siliziumgehaltes in bezug auf die Eisenarten notwendig ist. Nun, die Erklärung hierfür ist einfach. Wir wissen, daß dünnwandige Gußstücke in der Gußform viel schneller erkalten als starkwandige. Weil nun die Erstarrung der schwachwandigen Gußstücke rasch vor sich geht, muß notwendigerweise der Siliziumgehalt hoch eingestellt sein. Weshalb? Aus der vorhin gegebenen Erläuterung wissen wir, daß das Silizium von Natur aus die Eigenschaften hat, einen Teil gebundener Kohle in Gestalt von Graphit auszukristallisieren. Dieses Auskristallisieren von gebundener Kohle in die andere Form der graphitischen erfolgt in dem Augenblick, wo das flüssige Eisen in den festen Zustand übergeht. Wir können uns nun gut vorstellen, daß bei sehr schwachwandigen Gußstücken die Umanwandlung des flüssigen Eisens in den festen Zustand sehr schnell vor sich gehen wird. Es verbleibt demnach für das Silizium ver-

hältnismäßig wenig Zeit, dem Naturgesetze folgend, genügend viel gebundener Kohle in graphitische umzuwandeln. Diese Möglichkeit wird aber nur dann erreicht werden können, wenn das Silizium ziemlich hoch vorhanden ist. Es wirkt dann infolge seines hohen Anteils trotz der schnellen Erstarrung des Eisens ausgiebig genug, um den nötigen Anteil gebundener Kohle in graphitische umzuwandeln. Bei stärkeren Eisenmassen genügt ein niedriger Siliziumgehalt. Weshalb? Nun, starke Eisenmassen kühlen langsam ab; es dauert eine gewisse Zeit, bis die Erstarrung des Eisens eintritt. Entsprechend der allmählichen Erstarrung des Eisens hat das Silizium auch genügend Zeit, die nötige Menge gebundener Kohle in Gestalt von Graphit umzuwandeln. Dagegen genügt ein niedriger Siliziumgehalt.

Als letzte Erläuterung sei das Gebiet der Schredplatten (Kolliken) gestreift. In gewissen Fällen ist man genötigt, um einen dichten Guß zu erzielen, an denselben Stellen, wo ungleich starke Eisenmassen sich befinden, sogenannte Schredplatten (Kolliken) in die Gußform einzulegen. Weshalb? Nun, die Schredplatten haben die Aufgabe, eine schnelle Erstarrung des flüssigen Eisens herbeizuführen. Dadurch wird das Silizium verhindert, gebundene Kohle in graphitische umzuwandeln. Es bleibt also ein beträchtlicher Teil Kohlenstoff mit dem Eisen chemisch gebunden. In solchen Fällen hat man dann stets ein dichtes Gefüge.

Die wichtigsten Eigenschaften des Siliziums macht sich der Siekererachmann zunutze. Haben wir zum Beispiel Zylinderguß herzustellen, der bekanntlich sehr dicht sein muß, so brauchen wir nur das Silizium richtig einzustellen, was Beispiel bei 25 mm Eisenstärke etwa 1,4 v. H. in der fertigen Gußware, so erhalten wir den gewünschter dichten und zähen Guß. Die Zerreißstäbe, alleinstig bearbeitet, 20 mm Durchmesser, zeigen dann auf der Zerreißmaschine eine Zug- oder Zerreißfestigkeit von etwa 20 kg je Quadratmillimeter, das heißt, es waren 20 kg Kraft erforderlich, um einen Quadratmillimeter Gußeisen zu zerreißen. Selbstverständlich haben alle Eisenforten mit geringem Siliziumgehalt ein feines und dichtes Korn (Feinlockneisen). Dagegen haben alle hochsilizierten Eisenforten ein grobes Korn, aber nur ge-

ringe Zugfestigkeit. Allerdings läßt sich dieses Eisen viel leichter bearbeiten, als das sogenannte Zylinderguß mit dem dichten Korn. Das Zylinderguß hat sehr wenig graphitische Kohle, deshalb ist es besonders fester. Das gewöhnliche Maschinengußeisen hat dagegen erhebliche Mengen Kohlenstoff in graphitischer Form, daher läßt es sich leichter bearbeiten.

Nun kommen wir zum letzten Kapitel, zu den harten Stellen im Gußeisen. Es kommt mitunter vor, daß irgendein Gußstück bei der weiteren Bearbeitung vereinzelte harte Stellen zeigt, die mitunter so hart sind, daß sie das Bearbeitungswerkzeug nicht anfaßt. Diese Erscheinung ist auf folgendes zurückzuführen:

Wir wissen bereits, daß unter Wasserstoff Kohlenstoff, Silizium, Phosphor und Schwefel als ständige Begleiter hat. Es ist erwiesen, daß innerhalb der flüssigen Eisenmasse eine sogenannte Entmischung eintreten kann, das heißt, es findet eine vollständige Abscheidung eines oder mehrerer Legierungsbestandteile statt, so daß eine ungleiche Zusammensetzung unten und oben, in der Mitte und am Rande besteht. Es kann zum Beispiel eine Legierung von Schwefel, Phosphor und Eisen in Gestalt von Kugeln oder kleinen Nöhnen entstehen, die, wenn sie in die Gußform gelangen, harte Stellen erzeugen. Diese Erscheinungen, die man auch Seigerung nennt, sind nur vom geübten Sieker zu erkennen. Er wird diese auf der Oberfläche schwimmenden Kugeln rechtzeitig entfernen. Kommen bearbeitete Kugeln in die Gußform, so schwimmen sie infolge ihres leichteren spezifischen Gewichtes an die Oberfläche des Gußstückes oberhalb etwas unterhalb steden, wenn das Eisen in der Form abgerollt schon erstarrt ist. Da diese kleinen Kugeln fast schwefelreich sind, entweicht ihnen ein Gas. Dieses Gas erhält durch die es umgebende hohe Temperatur eine große Ausdehnungskraft und es entweicht um diese Kugel ein kleiner Hohlraum. Inzwischen ist die gesamte Eisenmasse erstarrt, die Temperatur sinkt und somit verliert das Gas seine Ausdehnungskraft, aber einen Hohlraum zurücklassend, worin die Kugel lose liegt oder mit dem Eisen an einzelnen Stellen verschmolzen ist.



# Sitzung des erweiterten Beirats

(Fortsetzung des Berichtes von Nr. 39.)

Brandes (Stuttgart) spricht über die Stärkung der Organisation nach außen und innen. Die Inflation und die dadurch hervorgerufene Verzweiflung, die Kreditkrise, der brutale Angriff der Unternehmer auf den Lohnbestand und den Tarifvertrag, schließlich auch die häufigen Angriffe von links haben den Verbänden Mitgliederverluste gebracht, die wieder eingeholt werden müssen. Die noch vorhandene Mitgliederzahl beweist, daß der Verband allen Störungs- und Sprengungsversuchen widersteht und unüberwindlich ist. Der Redner bespricht die Schwierigkeiten in den Verwaltungen und die Absichten des Vorstandes zur Belebung der Agitation und zur Gewinnung geschulter Vertrauensleute. Für alle Versammlungen sind die Richtlinien und Gesetze zu beachten, die sich der Verband selbst gegeben hat und die auf den Verbandstagen in Jena und Kassel erneut befestigt wurden.

Rein politische Fragen, deren Beratung die Gegensätze der politischen Auffassung der Arbeiterschaft nicht mildert, gehören nicht in den Beirat oder Betriebsversammlungen, soweit solche von unseren Ortsverwaltungen oder Verbandsfunktionären (Betriebsräten, Vertrauensleuten) einberufen werden und an welchen alle im Betrieb Beschäftigten teilnehmen sollen. Solche Fragen sind in Betriebsversammlungen zu behandeln, die von den politischen Organisationen selbst veranstaltet werden und an denen alle diejenigen teilnehmen, welche für die Frage oder die einladende Organisation Reizung haben.

Unsere Funktionäre haben die Pflicht, in allen Versammlungen jede Beschimpfung oder Herabwürdigung der freien Gewerkschaften und ihrer Kämpfe in nachdrücklicher Weise abzuwehren.

Das gilt auch von der Verbreitung sogenannter Betriebszeitschriften, deren Inhalt in der Regel eine einzige Beschimpfung der Gewerkschaften ist. In Rundschreiben der SPD der letzten Zeit wird in verschärfter Weise zur Führung vollständiger Oppositionsorganisationen in den Gewerkschaften aufgefordert. Wer daran teilnimmt, verliert gegen Verbandsratsbeschlüsse. Soll der Verband die Sache seiner Mitglieder in wirksamer Weise wahrnehmen, dann muß Disziplin und Einordnung in die im Statut und durch Beschlüsse der Verbandstage aufgestellten Regeln und Gesetze erfolgen. Wer dies nicht will, der hat die daraus sich ergebenden Folgen zu tragen. Die Organisation muß ein einheitlicher Körper sein. Von diesen Verwaltungen ist die Frage an den Vorstand gerichtet, wie er sich zu der Lösung der Moskauer Zentrale „Hinein in die Gewerkschaften und Auflösung der Sonderorganisationen“ stellt. Moskau hat erkannt, daß ungeheure Arbeiter durch Agitation den Gewerkschaften vorübergehend entfremdet werden können, eine neue Organisation mit ihnen aber nicht errichtet werden kann. Erstreckt man sich auf die aus den Gewerkschaften gezeichneten Arbeiter immer mehr zu ihnen zurück. Die Lösung hat darauf keinen Einfluß. Für die sich zum Übertritt meldenden Mitglieder von Sonderorganisationen gelten nach wie vor die auf Seite 26 und 27 des Verbandsreglements enthaltenen Anweisungen für Übertritte von Mitgliedern inländischer Sonderorganisationen. Ein korporativer Übertritt kommt nicht in Frage. Bedingungen können die Übertritte nicht stellen.

Der Kasseler Verbandstag hat sich mit der Internationalen Arbeiterhilfe beschäftigt. Inzwischen sind Vorgänge bekannt geworden, die jeden Zweifel ausschließen, daß die I.A.H. das Organ einer politischen Partei ist und in diesem Auftrag handelt.

Der erweiterte Beirat beschloß zu dieser Frage einstimmig:

Nach dem nach dem Kasseler Verbandstag bekannt gewordenen Lauffaß ist die I.A.H. eine Einrichtung, die im wesentlichen den Zwecken der kommunistischen Internationale dient. Die kommunistische Internationale bekämpft in hiesiger Weise und mit verwerflichen Mitteln den Internationalen Gewerkschaftsbund und den Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbund, zwei Organisationen, deren Mitglied der Deutsche Metallarbeiter-Verband ist. Die I.A.H. ist mithin Organ eines erbitterten Gegners der Gewerkschaften, den zu unterstützen unerträglich für den DMBB ist.

Der erweiterte Beirat erklärt deshalb, daß es für den Verband und seine Organe unzulässig ist, sich korporativ der I.A.H. anzuschließen bzw. ihr aus Verbandsmitteln Gelder zuzuführen.

Die Ansprache über die Reden der Kollegen Dirmann und Brandes war sehr lebhaft und umfangreich. Ein Teil der Redner erfaßt den Sachverhalt, daß er gegenüber den wahren Angelegenheiten und Beschimpfungen der Kommunisten jähzornig vorgeht. Das Herunterreißen der Fäden und der Verbandseinrichtungen schadet der Arbeiterschaft. Ein Redner fordert bessere Aufklärung der Mitglieder über wirtschaftliche Verhältnisse und über die Zusammenhänge der deutschen Wirtschaft mit der Weltwirtschaft, ferner eine eingehende Behandlung des Washingtoner Abkommens, damit die Mitglieder dessen Inhalt noch besser kennen lernen. Allgemein wird den Vätern und Vorschlägen des Vorstandes auf Anerkennung und Belebung der Agitation zugestimmt und dazu verschiedene Anregungen gegeben.

## Die Gewerkschaftenunterstützung

Kand als zweiter Punkt auf der Tagesordnung. Einleitende Worte sprach dazu Reigel (Stuttgart). Er führt aus: Die Wiederherstellung der Gewerkschaftenunterstützung ist in Kassel grundsätzlich beschlossen worden und der Verbandstag hat damit die Grundlage widerlegt, die einige Zeit gegen diese Unterstützung im Gespräch waren. Die Unterstützung der Gewerkschaftenunterstützung erfolgt nicht auf Kosten der Streikunterstützung, die während dieser Unterstützung nicht beschränkt ist. Die Gewerkschaftenunterstützung wird ein Bestandteil für die Mitglieder sein, die sich eine soziale Hilfe bei der Unterbrechung der Arbeit verdienen, da die finanzielle Unterstützung der Lebenshaltung nicht genügt. Leider kann die Gewerkschaftenunterstützung noch nicht in voller Höhe der in Kassel beschlossenen Höhe ausbezahlt werden. Auch die Arbeitgeber können noch nicht unterstützt werden. Der Verband ist durch die Inflation gezwungen, und der plötzliche Anstieg der Unterbrechungsberechtigten wird den Verband bei der noch kurzen Arbeitslosigkeit fast belasten.

Ebenfalls es die Unterstützung gefordert, wird die Unterstützung erhöht und die Kosten im Statut vorgesehene Unterstützungssätze zur Anwendung kommen. Die E-Markte kommt mit Unterstützung der Gewerkschaftenunterstützung in Wegfall. Um den Arbeitgeber die finanzielle Unterstützung zu belasten, sollen diese — soweit sie weniger als die Hälfte ihrer gewöhnlichen Arbeitszeit in der Woche beschäftigt sind — für zwei Wochen einen Beitrag entrichten.

In der sich nun anschließenden Ansprache werden die von Reigel geäußerten Punkte und Verordnungen eingehend besprochen, und dabei, daß die 50 Pf.-E-Markte für den Beitrag der Unterstützungsberechtigten sind. Die Unterstützung der Gewerkschaftenunterstützung wird bedauerlich, aber notwendig dem Verband jedoch in jeder Hinsicht Recht gegeben, daß diese Unterstützung jetzt für den Verband nicht tragbar ist.

Ein Antrag des Kasseler Beirats, die Arbeitgeberunterstützung sofort wieder einzuführen, wird zurückgewiesen, nachdem der Vorstand schon erklärt hat, daß diese Anregung eine sehr bedauerliche Sache ist und diese Unterstützung sofort eingestellt wurde, wenn es die Interessen des Verbandes und die Beziehungen gefordert.

Zum Punkt Gewerkschaftenunterstützung sprach zunächst Löffel (Stuttgart): Wenn dem Vorstand der Kasse die Gewerkschaftenunterstützung geringes werden soll, dann muß die Kasse bei der Unterstützung nicht in Höhe sein. Unterstützungen sind allerdings für die Gewerkschaftenunterstützung als auch für die Familien- und Arbeitslosenunterstützung gefordert werden. Die Kasse ist bereit, diese Unterstützung zu leisten, jedoch die nötigen Voraussetzungen getroffen sind. Für eine Konferenz der Gewerkschaftenunterstützung ist die Zeit nicht geeignet.

Die Redner sprechen sich für die baldige Abhaltung der Gewerkschaftenunterstützung aus, einige treten auch für eine Konferenz der Gewerkschaftenunterstützung ein. Einigkeit wird erzielt. Die Gewerkschaftenunterstützung, Arbeitslosenunterstützung und für die Gewerkschaftenunterstützung.

nisten. Letzterer wird unter der Voraussetzung zugestimmt, daß dem Verband keine Kosten erwachsen. Die Konferenz für die Gewerkschaftenunterstützung wird abgelehnt; der Zeitpunkt für eine Konferenz in der Flugzeug- und Autoindustrie wird als verfrüht bezeichnet. Der Vertreter des Vorstandes erklärt, daß die Konferenzen abgehalten werden, sobald sie sich als notwendig erweisen.

Die Tagesordnung ist damit erledigt. Nach anfeuernden Worten des Kollegen Dirmann über die Zusammenfassung der Kräfte zur Durchführung der einmütig gefassten Beschlüsse wird die Konferenz geschlossen.

## Nicht Flug, aber gefährlich

Als in den Jahren nach 1900 die gelbe Bewegung in Deutschland Wurzel faßte und viele Arbeiter oftmals durch Zwang der Unternehmer in die sogenannten „Berbvereine“ hineingepreßt wurden, hat die deutsche Gewerkschaftsbewegung niemals gezögert, zwischen sich und der gelben Bewegung einen tiefen Strich zu ziehen. Sie hat niemals aufgehört, die gelbe Bewegung mit dem Mittel der Aufklärung zu bekämpfen und entgegenzuarbeiten. Wer zur gelben Bewegung gehörte, konnte nicht Mitglied einer freien Gewerkschaft sein. Etwas anderes gab es nicht. Und das war richtig. Auf diese Weise wurden Männer erzogen, ganze Männer, die heute noch das Rückgrat der modernen Arbeiterbewegung bilden.

Wenn es freilich nach den Kommunisten ginge, müßte dieser Grundgedanke jetzt verlassen werden. Auf dem 3. Kongreß der Roten Gewerkschaftsinternationale, der jüngst in Moskau tagte, sind Richtlinien für die Aufgaben der Opposition in der deutschen Gewerkschaftsbewegung ausgearbeitet worden, worin es heißt:

„In den Betrieben und in der Gewerkschaftsbewegung müssen die revolutionären Gewerkschafter den Kampf gegen den Faschismus mit aller Kraft führen. Die faschistische Festsitzung mit Stumpf und Eisen ausgerottet werden. In die faschistischen Organisationen müssen, um sie von innen heraus auszuhöhlen, zuverlässige revolutionäre Arbeiter entsandt werden. Von außen muß jedes Mittel angewendet werden, um die Faschisten aus den Betrieben zu vertreiben.“

Das ist also die Ansicht der Kommunisten. Sie eröffnen uns wundervolle Ausblicke. Stellen wir uns einmal vor, daß in einem Werk mit Kommunisten durchgehenden Betrieb die Gelben oder Faschisten an Ausbeutung gewinnen. Ein auserwählter Kreis von Kommunisten bestimmt nun die „zuverlässigen revolutionären Arbeiter“, die zur Aushöhlung in die gelbe Bewegung entsandt werden. Selbstverständlich muß die Abkommandierung geheim gehalten werden, da ja sonst die Gelben auf die Aufnahme der Kuchengarten-Mitglieder verzichten oder eine schon vor sich gegangene Aufnahme rückgängig machen werden. Von welchen Gefühlen wird die Belegschaft, soweit sie nicht zur SPD oder zu den „Sympathisierenden“ zählt, befallen, wenn sie erfährt, daß ihre „Beiten“ ins gegnerische Lager eingeschleust sind? Wird sie die gleiche Schwermut vollziehen? Oder wird sie, der gegebenen Zeitung gemäß, „jedes Mittel“ gegen die verwerflichen Verhältnisse anwenden? Welche Maßnahme immer die Belegschaft treffen wird, sie dürfte dem „zuverlässigen, revolutionären“ Aushöhlungsring immer auf die Kerben fallen und wird es vorziehen, auf die Wanzendämmerung zu verzichten. Dadurch aber wird er in den Augen seiner Auftraggeber zum „Reaktionär“ und muß damit rechnen, wegen „unkommunistischen“ Verhaltens aus der Partei ausgeschlossen zu werden.

Aber noch eine andere Seite gilt es zu bedenken. Ist dieser plumpe Trick, den die kommunistische Oberleitung ihren Anhängern zur Befolgung empfiehlt, nicht dazu angetan, der Arbeiterschaft die Begriffe von Treu und Glauben zu entfremden? Würde die Durchführung dieser Anweisungen nicht dazu führen, daß schließlich überhaupt keiner mehr weiß, wer Koch und wer Keller ist, daß man schließlich die wahren Gelben von den kommunistischen „Gelben“ gar nicht mehr unterscheiden kann? Die Frage stellen, heißt sie auch beantworten.

## Wer Knecht ist, soll Knecht bleiben

An die-3 Wort, das einst ein Bischof im bayrischen Reichsrat sprach, wird man erinnert, wenn man das neueste „Verbot“ der Kirche gegen die freien Gewerkschaften liest. Solange die Arbeiter durch ihre Hände, sich ruhig tunen und ausbeuten lassen, war die „Religion“ nicht in Gefahr. Als aber die Arbeiter anfangen, sich zu regen, zu organisieren, um der Unterdrückung und Ausbeutung zu begegnen, da erwachte auch die Sorge der Kirche um das „Seelenheil“ der Proleten. Um nun ihren Einfluß auf die katholischen Massen nicht eingebüßen zu werden, wurden unter kirchlicher Genehmigung und Förderung „christliche“ Gewerkschaften gegründet, getrennt dem weltlichen Grundgedanke: Teile und herrsche! Auf diese Weise hoffte die Kirche das Wachstum der freien Gewerkschaften zu hindern und die christlichen Schaffnisse von den freigeschafften Böden dauernd abzukapern, um ihre Schaffnisse auch weiterhin nutzbar zu können.

Doch die christlichen Arbeiter erkannten immer mehr, daß Kirche und Religion zweierlei ist und daß das Christentum nicht der Klagenzeit und viele katholische Arbeiter zu den freien Gewerkschaften gehören, weil sie erkannten, daß in den freien Gewerkschaften ihre Stellung am wirksamsten vertreten werden. Darüber hinaus wurde den christlichen Arbeitern in den freien Gewerkschaften auch zum Bewußtsein gebracht, daß sie nicht nur Arbeitstiere, sondern auch Menschen sind. Die Kirche kann aber ihrer ganzen Einstellung nach nicht an dem bestehenden Verhältnis von Herr und Knecht rütteln lassen. Dies und nicht die „gefährliche Religion“ ist die Ursache zu dem unersättlichen Hass.

Mit welchen verwerflichen Mitteln der römische Stolz arbeitet, um seine Absichten und Ziele zu verwirklichen, geht aus der neuesten „Verordnung“ der Bischöfe Deutschlands gegen die freien Gewerkschaften hervor. Es heißt in dieser Verordnung, die laut Zeitungsnachricht am Sonntag, 11. September, in den katholischen Kirchen verlesen worden sein soll:

1. Es ist den Katholiken verboten, in die sogenannten freien Gewerkschaften, sei es nun der Arbeiter oder Bauern oder Angehörigen, einzutreten. Wer demnach eintritt, darf nicht zum Sakramentsempfang zugelassen werden.

2. Wer schon Mitglied war und ist, muß austreten. Nur dann kann er seinen Namen in den Listen der freien Gewerkschaften lassen. 1. wenn er damals eingetreten ist in der Meinung, daß es nicht verboten sei, 2. solange, als er durch seinen Austritt großen Schaden für sich und seine Familie hätte, 3. solange, als für ihn und seine Familie keinerlei Gefahr der Verführung besteht.

Sagen alle drei Gründe zugleich war, dürfte er die Beiträge weiterzahlen, aber keine Versammlungen besuchen, keinen Posten in der Gewerkschaft annehmen, nicht deren Zeitschriften lesen und nicht für die Gewerkschaften werben. Jegliche einer der drei genannten Gründe, möge er sofort austreten. Wer trotzdem bleibt, dürfte nicht mehr zu den Sakramenten zugelassen werden.

Wer die Unheilbarkeit der römischen Kirche kennt, ist über diesen „Verbot“ nicht weiter erstaunt. Aber schon es in den ersten Jahren nach der Revolution, als ob sich hierin eine Wandlung vollzogen habe. Doch nur dies war eine Illusion, an die damaligen Bischöfe schickte. Denn, wo die Arbeiterschaft wieder überall in die Verdrängung gedrängt ist, heißt auch die Kirche den Zeitpunkt für gegeben, ihr wahres Gesicht zu offenbaren. Der Kampf um menschenwürdige Behandlung und Entlohnung nimmt täglich härtere Formen an, da heißt es die Kirche, getreu ihrer Überlieferung, verpflichtet, dem Unternehmern zu helfen. Das Ganze nennt man dann: Dem Volke die Religion erhalten.

Es ist die alte Geschichte. Dem Arbeiter wird mit Gefesselter gebietet, falls er sich befehlen läßt, im Grunde mit seinen Fesseln gehen seine Tage verleben zu wollen. Dagegen findet es die Kirche ganz in der Ordnung, daß sich die katholischen Unternehmern mit ihren Fesseln, mögen es nun auch richtig „Kirchenfesseln“ sein, verdingen. Dem Unternehmern Vorwissen zu machen, wo man mit ihm zu tun organisieren sollen, das mag die Kirche nicht.

## Eine Feststellung

Es treibt sich in unseren Verwaltungen (Rudolstadt, Bleicherode usw.) und wohl auch in anderen Organisationen ein etwa 40jähriger Mann namens Karl Schröder (der Schröder) aus Eisenberg bei Jena herum, der angibt, Monteur großer Maschinen und schweizerischer Firmen gewesen zu sein und für diese Montagen in Brasilien, Indien und anderwärts ausgeführt zu haben. Auch läßt er durchblicken, daß er den Auftrag habe, für diese oder andere Firmen Leute für Auslandsarbeit anzuwerben. Mitunter gibt er auch, wie jüngst in Bleicherode, an, einen Schlaganfall erlitten zu haben oder schnell einmal nach Berlin zum auswärtigen Amte eilen zu müssen, um mit ihm wichtige Geschäfte zu regeln. Die Rückkehr scheint er jedoch nicht mehr zu belibien. Er ist mittellos und wird von unseren Kollegen gutgläubig unterstützt, zumal er sich bereit erklärt, einen Vortrag über seine Erlebnisse im Auslande und über die Tüchtigkeit der Auswanderung halten zu wollen. Er sucht Vertrauen zu erwecken, indem er erzählt, er habe meine Bekanntschaft im Auslande (Sudien) gemacht und sei Mitarbeiter der Metallarbeiter-Zeitung.

Auf die wiederholten Anfragen teile ich nun öffentlich mit, daß ich nicht lagern kann, ob es mit dem von dem Manne angegebenen Namen, Personsort, Auslandsstätigkeit usw. seine Richtigkeit hat, daß ich aber mit aller Bestimmtheit erkläre, daß keine Behauptung, er kenne mich vom Auslande her und sei Mitarbeiter unserer Zeitung, glatte Schwindel ist. Dies mögen unsere Kollegen wohl beherzigen, wenn sich der Mann wieder vorstellen sollte.

Frühnummer.

## Eingegangene Schriften

(Zur Bestellung der angezeigten oder besprochenen Werke wende man sich nicht an uns, sondern nur an den bei jedem Werke angegebenen Verlag oder an eine Buchhandlung.)

Die Arbeit. Von der Zeitschrift des DGB ist das 3. Heft erschienen. Aus dem Inhalt heben wir hervor: Begriff und Wesen des Proletariats von Prof. Dr. Cozy Briefe; Ein Jahr Arbeit von Dr. E. Berger; Das Exportgeheimnis der Arbeiter; Lohn von G. Bernhard; Die industriellen Interessengemeinschaften in der Wirtschaftskrise von P. Ufermann; Der Sozialismus der rechtlichen Rioniere von Rochdale von Prof. Dr. R. Wilbrandt. Die achtjährige schließt eine Rundschau der Arbeit.

Die internationale Sozialgesetzgebung. Von J. Dudgeest. Preis 2 Mk. — Die 100 Seiten starke Schrift behandelt die neuesten Strömungen der Sozialgesetzgebung. Die Schrift beschäftigt sich ferner mit dem Vereins- und Versammlungsrecht, dem Arbeitsvertrag, der Wohnungsfürsorge, der Sozialversicherung und dem Mitbestimmungsrecht. Beigefügt sind Berichte aus 13 Ländern über den Stand der Sozialgesetzgebung nach dem Kriege.

Der Verband deutscher Berufsfeuerwehrmänner, Berlin N 30, Pantstr. 1, hat im Selbstverlag nachstehende Denkschriften erscheinen lassen: 1. In welchem Umfang kann die Polizei an der Bekämpfung von Schadenbränden mitwirken? 11 Seiten stark. Preis 15 Pf. 2. Der Wachdienst bei den deutschen Berufsfeuerwehren. 36 Seiten stark. Preis 25 Pf. 3. In welchem Umfang ist die Kette der Bekämpfung des Feuerwehersonals zweckmäßig und wirtschaftlich? 47 Seiten stark. Preis 25 Pf. Bei Abnahme größerer Posten können Sondervereinbarungen getroffen werden. Bei Einzelbestellungen ist der Betrag in Briefmarken einzulösen.

## Mitteilungen des Vorstandes

Telegrammadresse: Metallvorstand Stuttgart

Mit Sonntag den 5. Okt. ist der 41. Wochenbeitrag für die Zeit vom 5. bis 11. Oktober 1924 fällig.

Die Erhebung von Extrabeiträgen wird nach § 6 Abs. 5 des Verbandsstatuts folgenden Verwaltungen in der angegebenen Höhe genehmigt:

Verwaltung	Für Mitglieder der Beitragsklasse:				Beginn der Beitrags- erhebung
	I.	II.	III.	IV.	
Kunberg . . . . .	5	5	5	5	40. Woch
Aue i. Erg. . . . .	10	10	10	5	40. "
Gießen . . . . .	10	10	10	5	40. "
Worms . . . . .	15	15	15	—	41. "

Die Nichtbezahlung dieser Extrabeiträge hat Entziehung statutarischer Rechte zur Folge.

## Aufforderung zur Rechtfertigung:

Das nachgenannte Mitglied wird nach § 23 Abs. 4 des Statuts aufgefordert, sich gegen erhobene Beschuldigungen zu rechtfertigen. Verwaltungen, denen Absichten der Aufgeforderten bekannt sind, wollen diese an den Vorstand melden.

## Auf Antrag der Verwaltungstelle München:

Der Eisenhändler Benno Doll, geb. am 14. Juli 1871 zu Rosenheim, Mitgliedsbuch Nr. 2.178.442, wegen Schädigung der Verbandsinteressen.

## Ausgeschlossen wird nach § 22 des Statuts:

Auf Antrag der Verwaltungstelle Stuttgart: Der Maschinenbauer Adam Krebs, geb. am 10. Juni 1890 zu Kronberg, Mitgliedsbuch Nr. 4.766.607, wegen Darlehensschwindel.

## Für nicht wieder aufnahmefähig wird erklärt:

Auf Antrag der Verwaltungstelle Düsseldorf: Der Schlosser Heinrich Rosellen, geb. am 17. Februar 1876 zu Düsseldorf, Mitgliedsbuch Nr. 1.103.270, wegen Schädigung der Verbandsinteressen.

## Der Altmann Gustav Dietrich, geb. am 11. Dezember 1880

zu Domburg, Mitgliedsbuch Nr. 3.226.227, wird in seinem eigenen Interesse ersucht, seine Adresse der Ortsverwaltung Gatingen mitzuteilen.

Stuttgart, Klotzstraße 16. Der Verbandsvorstand

## Zur Beachtung! Zutug ist fernzuhalten:

von Elektromotoren nach Hamburg; von Formern und Gießerarbeiten nach Rosenheim (R. I. Stambel & Co.) D.; von Hammermaschinen und Summersbach (Gebrüder Höfer, Kaiserstr.) D.;

von Metallarbeitern aller Branchen nach Aue (Firma Ergeb, Schmitzwerkzeug- und Maschinenfabrik Schwarzberg) D.; nach Seyrenth (Eisenwerk Hentel) H.

2 = Lohnbewegung; D = Differenz; v. St. = Streit in Sicht; St. = Streit; M = Maßregelung; W = Wistände; A = Ausbesserung.

Arbeitsuchende Mitglieder sind verpflichtet, auch wenn der betreffende Ort nicht in der Zeitung gelehrt ist, Erwidrigung bei der zuständigen Ortsverwaltung oder, wo eine solche nicht besteht, beim Vorstand einzuholen. Das Schriftstück ist von der Verwaltung, der das Mitglied zugeht, zum Ausweis der Mitgliedschaft abzugeben zu lassen.

Anträge auf Verhängung von Sperren müssen von den Ortsverwaltungen und Bezirksleitungen an den Vorstand eingereicht werden und ausreichend begründet sein.

Druck und Verlag: Druckerei des Deutschen Metallarbeiter-Verbandes, Stuttgart, Adlestraße 16.